

**Protokoll
der 19. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am Dienstag, dem 23. April 2013, im Bürgerhaus Rodheim**

Beginn der Sitzung: 20:12 Uhr
Ende der Sitzung: 21:12 Uhr

Anwesende Stadtverordnete:	
CDU	FDP
von Griesheim, Alexander	Jacobi, Hans-Otto <i>Fraktionsvorsitzender</i>
Hafner, Annegret	Dr. Hoffmann, Volker
Karehnke, Regina <i>Stadtverordnetenvorsteherin</i>	
Schnabel, Henrik	PIRATEN
	Welker, Helge
	Vom Magistrat waren anwesend:
	Bürgermeister Thomas Alber
	Erster Stadtrat Sill, Heinz
	Stadträtin Dietrich, Petra
SPD	Stadtrat Blöcher, Gottfried
Dachs, Karlheinz	Stadtrat Schneiderbauer, Johann Baptist
Datz, Wolfgang	Stadtrat Schöniger, Arndt
Dietz, Eleonore	Stadtrat Wenzel, Klaus
Machalitzky, Jörg Jens	
Dr. Rathjens, Hans-Peter <i>Fraktionsvorsitzender</i>	Abwesende Stadtverordnete:
See, Herbert	Egerter, Jörg <i>Fraktionsvorsitzender</i>
Stengel, Christian	Müller, Jasna
Zeidler, Reinhard	Pfeiffer, Kurt
	See, Marco
FWG	Wendt, Thomas
Lamping, Christian <i>Fraktionsvorsitzender</i>	Roth, Beate
Metzger, Gerhard	
Moscherosch, Hans-Albert	
Soff, Walther	Abwesend vom Magistrat
	Stadtrat Kayacik, Haci
GRÜNE	
Quägber-Zehe, Betina	
Scholz, Peter <i>Fraktionsvorsitzender</i>	
Topp, Andreas	Schritfführerin:
	Sporck, Verena
puR	Vertreter der Presse
Launhardt, Cornelia <i>Fraktionsvorsitzende</i>	
Schön, Norbert	ca. 20 Zuhörer
Wyrwoll, Herbert	

Die Stadtverordnetenvorsteherin Frau Karehnke eröffnet die heutige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung und begrüßt alle Anwesenden. Frau Karehnke stellt fest, dass mit Ladung vom 15. April 2013 form- und fristgerecht eingeladen wurde. Weiterhin stellt die Stadtverordnetenvorsteherin fest, dass die Stadtverordneten beschlussfähig versammelt sind.

Das Protokoll der Sitzung vom 29. Januar 2013 wird ohne Änderungen angenommen.

Das Protokoll der Sitzung vom 12. März 2013 wird mit folgender Änderung angenommen.

Seite 3

„Herr Christian Lamping Vorsitzender der FWG-Fraktion“

Frau Karehnke berichtet aus dem Ältestenrat, dass vorgeschlagen werde den Tagesordnungspunkt 3 - Wahl der Schöffen und Hilfsschöffen für die Jahre 2014 bis 2018 Aufstellung der Vorschlagsliste - abzusetzen, da hier weiterer Beratungsbedarf besteht. Weiter wird von Seiten des Ältestenrats vorgeschlagen, über den Tagesordnungspunkt - Bebauungspläne - ohne Aussprache abzustimmen. Der Tagesordnungspunkt -Wahlwerbung- soll ebenfalls ohne Aussprache abgestimmt werden.

Gegen die geänderte Tagesordnung gibt es keine Einwände, sie wird einstimmig angenommen.

Tagesordnung:

1.		Mitteilungen
2.		Kleine Anfragen
3.		Bebauungspläne
	1.	Bebauungsplan OR/23 „Gewerbegebiet Südumgehung West“ <u>Hier:</u> 1. Beschluss zu den Anregungen im Bauleitverfahren gemäß § 3 Abs. 2 u. § 4 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) 2. Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
	2.	Bebauungsplan OR/24 „Gewerbegebiet Südumgehung Ost“ 1. Bauabschnitt <u>Hier:</u> 1. Beschluss zu den Anregungen im Bauleitverfahren gemäß § 3 Abs. 2 u. § 4 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) 2. Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
4.		Antrag der FDP-Fraktion vom 20. März 2013 Kostenfreie Schwimmbad-Dauerkarte für die Einsatzkräfte der Feuerwehren
5.		Antrag der Bündnis 90/Die Grünen- Fraktion vom 10. April 2013 Verbot von Wildtieren in Zirkusbetrieben
6.		Antrag der CDU-Fraktion vom 12. April 2013 Verkehrsleitende Maßnahmen Nieder-Rosbach
7.		Antrag der CDU-Fraktion vom 12. April 2013 Ergänzung des Internetauftritts

8.	Antrag der FWG-Fraktion vom 13. April 2013 „Wander-Parkplatz“ in der Rodheimer Gemarkung
9.	Antrag der FWG-Fraktion vom 13. April 2013 Streichung des „Nachttaxi“-Angebots
10.	Antrag der SPD-Fraktion vom 13. April 2013 Wahlwerbung
11.	Anfrage der SPD-Fraktion vom 13. April 2013 Einsatz Streusalz
12.	Anfrage der SPD-Fraktion vom 13. April 2013 Hessisches Kinderförderungsgesetz
13.	Anfrage der SPD-Fraktion vom 13. April 2013 Mietpreissituation in der Stadt Rosbach

Top 1 Mitteilungen

Bürgermeister Alber verweist auf die schriftlich vorliegenden Mitteilungen.

Frau Quägber-Zehe berichtet, dass der Umwelt- und Planungsausschuss am 16. April 2013 getagt habe. Folgende Punkte waren auf der Tagesordnung:

- Bebauungsplan OR/23 „Gewerbegebiet Südumgehung West“
Hier: 1. Beschluss zu den Anregungen im Bauleitverfahren gemäß § 3 Abs. 2 u. § 4 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB)
2. Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
- Bebauungsplan OR/24 „Gewerbegebiet Südumgehung Ost“
1. Bauabschnitt
Hier: 1. Beschluss zu den Anregungen im Bauleitverfahren gemäß § 3 Abs. 2 u. § 4 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB)
2. Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB

Top 2 Kleine Anfragen

- Herr Jacobi fragt an, wie lang die Außenstelle Rodheim geschlossen bleibe und ob der Briefkasten an der Außenstelle geleert werde.
- Herr Welker fragt an, was der Magistrat gegen rechtsradikale Symbole und Parolen am Jugendzentrum Rodheim unternehmen werde.
- Herr See fragt an, inwieweit die Parksituation in der Dieselstraße überprüft werde.
- Herr Lamping fragt an, welche Maßnahme von Seiten des Magistrates bezüglich des abgestellten Fahrzeuges am Knoten Nord unternommen werde.
- Herr Scholz fragt an, ob der Magistrat eine Möglichkeit sehe, präventiv auf die Landwirte einzuwirken um unsachgemäße Anwendungen von Pestiziden zu verhindern.

Bürgermeister Alber beantwortet die gestellten Anfragen.

Top 3.1

Bebauungsplan OR/23 „Gewerbegebiet Südumgehung West“

- Hier:** 1. Beschluss zu den Anregungen im Bauleitverfahren gemäß § 3 Abs. 2 u. § 4 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB)
2. Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
-

Die Stadtverordnetenversammlung fasst den nachstehenden Beschluss gemäß der Magistratevordlage:

- 1 Die in der Anlage befindlichen Beschlussempfehlungen zu den im Rahmen der Beteiligungsverfahren nach §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Anregungen werden als Stellungnahmen der Stadt Rosbach v.d.Höhe beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

- 2 Der Bebauungsplan OR/23 „Gewerbegebiet Südumgehung West“ wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB sowie § 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 5 HGO und § 81 HBO als Satzung beschlossen und die Begründung hierzu gebilligt.
- 3 Der Bebauungsplan wird gem. § 10 BauGB in Kraft gesetzt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Eine Kopie des Bebauungsplanes mit Begründung wird dem Originalprotokoll der Stadtverordnetenversammlung beigelegt

Top 3.2

Bebauungsplan OR/24 „Gewerbegebiet Südumgehung Ost“ 1. Bauabschnitt

- Hier:** 1. Beschluss zu den Anregungen im Bauleitverfahren gemäß § 3 Abs. 2 u. § 4 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB)
2. Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
-

Die Stadtverordnetenversammlung fasst den nachstehenden Beschluss gemäß der Magistratevordlage:

- 1 Die in der Anlage befindlichen Beschlussempfehlungen zu den im Rahmen der Beteiligungsverfahren nach §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Anregungen werden als Stellungnahmen der Stadt Rosbach v.d.Höhe beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

- 2 Der Bebauungsplan OR/24 „Gewerbegebiet Südumgehung Ost“ 1. Bauabschnitt wird gem. § 10 Abs. 1 BauGB sowie § 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 5 HGO und § 81 HBO als Satzung beschlossen und die Begründung hierzu gebilligt.
- 3 Der Bebauungsplan wird gem. § 10 BauGB in Kraft gesetzt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Eine Kopie des Bebauungsplanes mit Begründung wird dem Originalprotokoll der Stadtverordnetenversammlung beigelegt.

Top 4

Antrag der FDP-Fraktion vom 20. März 2013

Kostenfreie Schwimmbad-Dauerkarte für die Einsatzkräfte der Feuerwehren

Herr Jacobi erläutert den Antrag der FDP-Fraktion und berichtet, dass in der Sitzung des Ältestenrates geklärt wurde, dass bereits 2004 durch ein Schreiben des Bürgermeisters, die kostenfreie Nutzung des Freibades Rodheim für die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr geregelt worden sei. Einem Großteil der Mitglieder der Feuerwehr sei diese Regelung bekannt, die Mitarbeiter des Freibades seien davon aber nicht unterrichtet. Herr Jacobi schlägt weiter vor, den Antrag an den Haupt- und Finanzausschuss zu überweisen.

Herr Dr. Rathjens verweist auf das Haushaltssicherungskonzept und merkt an, dass auf freiwillige Ausgaben zu verzichten sei.

Herr Schön schlägt vor, damit es zu keinen weiteren Missverständnissen mehr kommt, das Schreiben von 2004 im Schwimmbad auszuhängen.

Frau Karehnke lässt über den Antrag der FDP-Fraktion zur Überweisung in den Haupt- und Finanzausschuss zur Beratung im Rahmen der Beratungen der Haushaltskonsolidierung abstimmen.

„Neben der Anerkennung für ihren Einsatz im Interesse insbesondere der Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie dem Erfüllen einer bedeutenden kommunale Aufgabe erhalten die ehrenamtlich tätigen Einsatzkräfte der Freiwilligen Feuerwehren Rosbach und Rodheim in den Jahren ihrer aktiven Einsatzbereitschaft eine auf ihren Namen ausgestellte Dauerkarte für den Besuch des Schwimmbades in Rodheim.“

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Top 5

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen- Fraktion vom 10. April 2013

Verbot von Wildtieren in Zirkusbetrieben

Herr Scholz erläutert kurz den Antrag der Bündnis 90/ Die Grünen-Fraktion.

Anschließend lässt die Stadtverordnetenvorsteherin über den folgenden Antrag abstimmen:

„Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich gegen Gastspiele von Zirkusbetrieben aus, die insbesondere die Wildtiere mitführen, die Nummer I der Entschließung des Bundesrates von 25.11.2011 (BR Drucksache 565/11) genannt sind.“

Zirkusbetrieben, die insbesondere diese Wildtiere nach den oben genannten Kriterien mit sich führen, werden keine städtischen Gelände mehr zur Verfügung gestellt.

Der Magistrat wird aufgefordert, eine entsprechende Gefahrenabwehrverordnung zu erlassen, um Gastspiele von Zirkusbetrieben, die solche Wildtiere mit sich führen, auf dem Gebiet der Stadt Rosbach generell untersagen zu können.“

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Top 6

Antrag der CDU-Fraktion vom 12. April 2013 Verkehrsleitende Maßnahmen Nieder-Rosbach

Herr Schnabel erläutert den Antrag. Von Seiten der CDU-Fraktion soll der Antrag wie folgt ergänzt werden:

„Der Magistrat wird gebeten Möglichkeiten zu prüfen, die Durchfahrt durch den Stadtteil Nieder-Rosbach für den Durchgangsverkehr von Fahrzeugen mit einem zulässigen Gesamtgewicht über 3,5 Tonnen im Bereich zwischen der Bahnüberführung bis zur Kreuzung Rodheimer Str. L3352/K11 zu untersagen. Quell- und Zielverkehr sowie Landwirtschaftliche Fahrzeuge sind davon ausgenommen.“

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den Antrag der CDU-Fraktion abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Top 7

Antrag der CDU-Fraktion vom 12. April 2013 Ergänzung des Internetauftritts

Herr Schnabel begründet den Antrag der CDU Fraktion.

Anschließend lässt die Stadtverordnetenvorsteherin über den folgenden Antrag der CDU-Fraktion abstimmen:

„Der Magistrat wird gebeten, den Internetauftritt der Stadt Rosbach im Bereich der Übersicht der Betreuungseinrichtungen mit einem Hinweis auf ortsansässige Tagesmütter zu ergänzen.“

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Top 8

Antrag der FWG-Fraktion vom 13. April 2013 „Wander-Parkplatz“ in der Rodheimer Gemarkung

Herr Lamping begründet den Antrag der FWG-Fraktion. Herr Lamping schlägt vor, den Antrag in den Haupt- und Finanzausschuss zu überweisen.

Herr Dr. Rathjens schlägt vor, den Antrag auch in den Umwelt- und Planungsausschuss zu überweisen.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über die Verweisung des nachstehenden Antrages in den Haupt- und Finanzausschuss und in den Umwelt- und Planungsausschuss abstimmen.

„Der Magistrat wird beauftrag, einen „Wander-Parkplatz“ in der Rodheimer Gemarkung einzurichten. Als Standort bietet sich aufgrund der dort sowieso durchzuführenden Arbeiten der neue Hochbehälter an.“

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Top 9

Antrag der FWG-Fraktion vom 13. April 2013

Streichung des „Nachttaxi“-Angebots

Herr Lamping erläutert und begründet den Antrag der FWG-Fraktion. An der anschließenden Diskussion beteiligen sich Frau Launhardt, Herr Dr. Rathjens, Herr Welker, Herr Scholz, Herr Lamping und Herr Schnabel.

Im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes wird der nachfolgende Antrag in den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen.

„Der Magistrat wird beauftragt, die notwendigen Voraussetzungen für eine Streichung des „Nachttaxi“-Angebots mit dem kommenden Fahrplanwechsel zu schaffen.“

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über die Verweisung des Antrages in den Haupt- und Finanzausschuss abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Top 10

Antrag der SPD-Fraktion vom 13. April 2013

Wahlwerbung

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den nachfolgenden Antrag der SPD-Fraktion abstimmen.

„Die Stadt Rosbach stellt rechtzeitig vor Wahlen an noch festzulegenden Orten zentrale Wahlplakatwände auf. Die Parteien und Wahlgruppierungen erhalten Gelegenheit, auf diesen Plakatwänden ihre Wahlwerbung anzubringen. Außerhalb dieser Plakatwände findet keine Wahlwerbung statt.“

Der Antrag wird zur weiteren Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen.“

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Top 11

Anfrage der SPD-Fraktion vom 13. April 2013

Einsatz Streusalz

Die Beantwortung der Anfrage wird schriftlich verteilt.

Top 12

**Anfrage der SPD-Fraktion vom 13. April 2013
Hessisches Kinderförderungsgesetz**

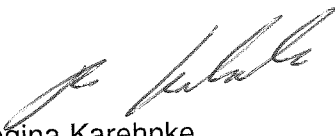
Die Beantwortung der Anfrage wird schriftlich verteilt.

Top 13

**Anfrage der SPD-Fraktion vom 13. April 2013
Mietpreissituation in der Stadt Rosbach**

Die Beantwortung der Anfrage wird schriftlich verteilt.

Die Stadtverordnetenvorsteherin schließt die Sitzung um 21:12 Uhr.


Regina Karehnke
Stadtverordnetenvorsteherin


Verena Spörck
Schriftführerin

Mitteilungen zur Stadtverordnetenversammlung am 23. April 2013

❖ Aktionsbündnis FEIERN MIT REGELN

Die Stadt Rosbach ist im Rahmen der Kreispräventionsratssitzung am Montag, dem 15.04.2013 dem Aktionsbündnis „FEIERN MIT REGELN“ beigetreten.

Das Aktionsbündnis dient dem Jugendschutz im Wetteraukreis. Es setzt sich zusammen aus der Fachstelle Jugendarbeit des Wetteraukreises, dem Zentrum für Jugendberatung und Suchthilfe und der Jugendkoordination der Polizeidirektion Wetterau sowie den teilnehmenden Kommunen des Wetteraukreises.

FEIERN mit REGELN ist ein Projekt zur kommunalen Alkoholprävention im Wetteraukreis.

Hauptanliegen ist es, den Jugendschutz bei öffentlichen Veranstaltungen mehr in den Mittelpunkt zu rücken und das Verantwortungsbewusstsein von Festveranstaltern in dieser Hinsicht zu stärken.

Das Ziel ist nicht, Alkohol ganz von den Veranstaltungen zu verbannen. Vielmehr geht es darum, Veranstalter bei der Umsetzung der gesetzlichen Jugendschutzbestimmungen und anderer Vorschriften zu unterstützen.

Darüber hinaus geht es um die Sensibilisierung und Stärkung der Vorbildfunktion der Mitbürgerinnen und Mitbürger in der Öffentlichkeit sowie um die bessere Vernetzung der einzelnen Behörden.

❖ Kinderbetreuungseinrichtungen

Nach dem Grundsatzbeschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 29. Januar 2013 zum dritten Haushaltssicherungskonzept 2012 bis 2016 hat der Magistrat in seiner Sitzung am 13. Februar zur künftigen Personalbemessung in den Kinderbetreuungseinrichtungen zwei Grundsatzentscheidungen zur künftigen Auslegung des Personalbemessungsbeschlusses aus 1999 getroffen.

Die Leiterinnen der Kindertagesstätten werden auch künftig zur Wahrnehmung der Leitungsfunktion vom Kinderdienst freigestellt:

Jeweilige Basisfreistellung 10 Stunden je Einrichtung, zuzüglich 4 Stunden je Gruppe nach der gesetzlichen Betriebserlaubnis. Dieser Stundenzuschlag je Gruppe entfällt bei den Betreuungsschulen.

Spätestens am Jahresende 2013 wird der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung einen Erfahrungsbericht zu dieser Neuregelung vorlegen. Diese Regelung ist dann auch mit dem neuen „Kifög“ per Beschluss der Stadtverordnetenversammlung in eine langfristige Bindung zu bringen.

Darüber hinaus gilt der grundsätzliche Magistratsbeschluss zur Stellenbesetzungssperre vom 21. Januar 2013 auch für die Kinderbetreuungseinrichtungen. Die Personalbemessung ist aber so auszurichten, dass die zurzeit immer noch geltende Mindestverordnung des Landes Hessen uneingeschränkt eingehalten wird.

Zur Aufnahme von Kindern im U3-Bereich in die Rosbacher Einrichtungen hat der Magistrat ergänzend erstmals für diese Altersklasse Aufnahmekriterien formuliert.

Nach dem örtlichen Satzungsrecht werden Kinder vom vollendeten ersten Lebensjahr aufgenommen, das Hauptaufnahmekriterium ist nach wie vor das Alter, eine bevorzugte Aufnahme eines Kindes kann ergänzend vorgenommen werden, wenn die Berufstätigkeit der Erziehungsberechtigten, die besondere Familiensituation, der spezielle Förderbedarf oder die Berücksichtigung von Geschwisterkindern dies erfordern.

❖ Grundstücksangelegenheiten

Nach einem Grundsatzbeschluss aus dem Jahre 1986 erwirbt die Stadt Rosbach alle Privatwaldparzellen, die ihr zum Kauf angeboten werden.

Damit hat die Stadt im März ein 343 m² großes Grundstück in der Gemarkung Rodheim für insgesamt 1.614,50 Euro erworben.

❖ Haushaltssicherungskonzept

Zur Realisierung des Haushaltssicherungskonzeptes nach dem Beschluss vom 29. Januar 2013 hat der Magistrat eine erste Konzeptionsüberarbeitung zur Reduzierung der Pflegeleistungen im Bereich der Grünanlagenunterhaltung als Vorschlag der Verwaltung zur Kenntnis genommen. Ergänzend wurde vereinbart, dass die Verwaltung gemeinsam mit dem Umweltberater der Stadt, Herrn Sill, bis zum Jahresende eine Konzeptentwicklung erarbeiten und dann den Gremien vorlegen wird.

Hierbei gilt es, Möglichkeiten von Extensivierungsgedanken aufzugreifen, kostengünstige Lösungen für die Durchführung der künftigen Pflegemaßnahmen sind zu erarbeiten.

❖ Hilfeinsel Leon

Der Magistrat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, gemeinsam mit der hessischen Polizei das Projekt „Hilfeinsel Leon“ im gesamten Stadtgebiet umzusetzen.

In Zusammenarbeit mit Schulen, Kindertageseinrichtungen und der Polizei sollen Kinder auf dem Schulweg bzw. in ihrer Freizeit zu ihrer Sicherheit unterstützt werden. Hierbei werden in Notfallsituationen Geschäfte, Supermärkte, Banken, Apotheken aufgesucht werden können, dort finden die Kinder dann einen der jeweiligen Situation geschulten Ansprechpartner.

❖ Straßennahmen Gewerbegebiete

Nach einer entsprechenden Vorlage des Magistrates hat der Ortsbeirat Ober-Rosbach in seiner Sitzung am 16. April die Namensgebung für die erweiterten und neuen Straßen in den geplanten Gewerbegebieten West und Ost getroffen.

Raiffeisenstraße, Dieselstraße und Siemensstraße werden erweitert. Neu aufgenommen wurden die „Carl-Benz-Straße“ sowie die „Philipp-Reis-Straße“.

❖ Sachstand zu den aktuellen Bauarbeiten an der K 11 „Südumgehung Nieder-Rosbach“

- Die Bauarbeiten an der K 11 im Bereich des 2. Bauabschnitts sind bis auf einige Restarbeiten soweit abgeschlossen. Die Fa. Schnorpfeil ist derzeit noch damit beschäftigt, die restlichen Wege- und Pflasterarbeiten (z. B. am RRB 2) durchzuführen. Die endgültige Bauabnahme des 2. Bauabschnittes ist noch nicht erfolgt.
- Die Kontaktschleifen an der LSA Dieselstraße werden voraussichtlich bis Ende April eingebaut, so dass die fest programmierte Ampelschaltung entfallen kann.

- Die Bauarbeiten im Bereich des 3. BA wurden durch den Wetteraukreis an die Fa. Oevermann Verkehrswegebau GmbH vergeben. Der Spatenstich erfolgte am 26.03.2013.
- Die vertragliche Bauzeit ist bis zum 31.11.2013 vereinbart.
- Am 15.04.2013 erfolgte eine Ortsbesichtigung mit der Teilnehmergeinschaft der Landwirte bezüglich der Feldwegeanbindung (Feldweg Richtung Seemühle). In der Zeit der Vollsperrung erhalten die Landwirte eine parallel verlaufende Baustraße, um die K11 in diesem Bereich zu queren (Richtung Brunnenmühle).
Die weitere Abstimmung der Feldwegeanbindung erfolgt mit dem Amt für Bodenmanagement in Büdingen.
- Im Bereich des 3. BA wird derzeit der Mutterboden abgeschoben und die Kreuzung mit der vorhandenen Mineralwasserleitung der Fa. Hassia baulich gesichert. Hier sind besondere Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, um eine Beeinträchtigung der Leitung während der Bauzeit und dem späteren Betrieb der Südumgehung zu vermeiden.

❖ Sachstand zum Pestizid-Unfall am 16.04.2013

Der Pestizid Unfall ereignete sich am 16.04.2013 gegen 20.30 Uhr in der Gemarkung Burgholzhausen. Die Stadtwerke, Abteilung Wasserversorgung erhielten am frühen Morgen des 17.04.2013 Kenntnis von dem Vorfall.

Aufgrund der am 16. – und 17.04.2013 vorherrschenden Windrichtung und der nicht eindeutigen Aussagen welches Pestizid bzw. welcher Mix aus mehreren Mitteln eingesetzt wurde war nicht auszuschließen dass es in der Rodheimer Gemarkung auch zu Kontaminationen gekommen sein könnte. Die Entfernung vom Einsatzort bis zum Wasserwerk Rodheim beträgt ca. 2 km.

Aus Sicherheitsgründen wurde in Abstimmung mit dem zuständigen Fachdienst für Kommunalhygiene (Gesundheitsamt) beim Wetteraukreis die Verdüsung des Rohwassers im Wasserwerk Rodheim abgeschaltet.

Nach Rücksprache mit dem Zweckverband, Wasserwerk Unteres Niddatal wurden hier die gleichen Maßnahmen eingeleitet.

Im Laufe des 17.04. wurde bekannt dass es sich bei den eingesetzten Mitteln um durchaus übliche Präparate (CARAX und TREBON) beim Rapsanbau handelt.

Bei einer weiteren Telefonkonferenz wurde mit dem Gesundheitsamt vereinbart die Verdüsung aus Sicherheitsgründen bis zum Nachmittag des 18.04. abgeschaltet zu lassen. Eine Beprobung des Trinkwassers aus dem Hochbehälter Rodheim wurde vom Gesundheitsamt als nicht notwendig erachtet. Zur Sicherheit wurde in Abstimmung mit dem Labor Kipper aus Gießen eine Rückstellprobe vom 17.04.2013 gezogen die bei evtl. vorliegenden Beschwerden untersucht werden kann.

Eine Gefährdung des Grundwassers im Einzugsgebiet des Wasserwerkes in Rodheim kann nach derzeitigem Kenntnisstand ausgeschlossen werden.

Bis zum 22.04.2013 wurden keine Auffälligkeiten oder Besonderheiten im Zusammenhang mit dem o. g. Vorfall bekannt.

Rosbach v.d.Höhe, den 23. April 2013



Thomas Alber
Bürgermeister